biberist
EINWOHNERGEMEINDE

Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Biberist

Protokoll der Budget 2020 vom 28. November 2019

RN 1.1.1.1

Vorsitz	Stefan Hug-Portmann, Gemeindepräsident
Protokoll	Tanja Milosevic
Stimmenzähler	Otmar Beck André Peng
Anwesend	77 Stimmberechtigte
Dauer der Versammlung	19:30 – 22:10 Uhr
Ort	Alte Turnhalle, Bernstrasse 7, Biberist
Presse	Rahel Meier, az Solothurner Zeitung

Traktanden

Nr	Geschäft	Beschluss
1	Auflage des genehmigten Protokolls der Gemeindeversammlung vom 27. Juni 2019; Kenntnisnahme	2019-7
2	Familien, Mütter- und Väterberatung Bucheggberg und Wasseramt: Fusion; Beschluss	2019-8
3	Feuerwehr: Park- und Verkehrsdienstreglement; Beschluss	2019-9
4	Feuerwehr: Gebührentarif, Anpassung 2019; Beschluss	2019-10
5	Ortsplanungsrevision: Reglement zum Planungsausgleich der EWG Biberist; Beschluss	2019-11
6	Aufhebung Zivilschutzreglement: Ausser Kraft Setzung R_541 Zivilschutzreglement der EWG Biberist vom 04.03.99; Beschluss	2019-12
7	Spitex Biberist: Reorganisation Dienstleistungen, Restfinanzierung, Leistungsauftrag; Kenntnisnahme	2019-13
8	Budget 2020: Genehmigung, Festsetzen Steuerfuss 2020; Beschluss	2019-14
9	Verschiedenes	2019-15

Geschäftsordnung gemäss § 28 – 31 Gemeindeordnung (GO)

Der Gemeindepräsident begrüsst die Versammlungsteilnehmenden sowie die Presseberichterstatter. Er macht sodann folgende Feststellungen:

- Die Einladung ist entsprechend § 26 der GO ordnungsgemäss erfolgt. Die Traktandenliste ist im offiziellen Publikationsorgan (Amtlicher Anzeiger) am 14. und 21. November 2019 veröffentlicht worden. Ebenfalls konnten die Unterlagen ab Montag, 18. November 2019 bei den Einwohnerdiensten bezogen oder auf der Gemeinde-Homepage eingesehen und heruntergeladen werden.
- Die als Stimmenzähler gewählten Personen werden gebeten, in der vordersten Sitzreihe Platz zu nehmen. Gemäss § 29 GO bilden sie zusammen mit dem Gemeindepräsidenten und der Leiterin Zentrale Dienste das Büro der Gemeindeversammlung.
- Andere allfällig im Versammlungslokal anwesende, jedoch nicht stimmberechtigte Personen werden aufgefordert, sich zu erkennen zu geben, damit sie auf besondere Zuhörerplätze verwiesen werden können.

Traktandenliste

Zur Traktandenliste wird das Wort nicht verlangt; sie gilt somit als genehmigt.

2019-7 Auflage des genehmigten Protokolls der Gemeindeversammlung vom 27. Juni 2019; Kenntnisnahme

Beschluss
Das Protokoll wurde vom Büro der Gemeindeversammlung (Gemeindepräsident, Leiterin Zentrale Dienste und Stimmenzähler) unterzeichnet. Damit gilt es gemäss § 39 der Gemeindeordnung als genehmigt.

RN 0.1.1 / LN 681

2019-8 Familien, Mütter- und Väterberatung Bucheggberg und Wasseramt: Fusion; Beschluss

Bericht und Antrag

Unterlagen
- Statuten
- Fusionsvertrag
- Kommentar zu Statuten und Fusionsvertrag

Ausgangslage
Im Wasseramt besteht der Zweckverband für die Familien-, Mütter- und Väterberatung im Bezirk Wasseramt. Im Bucheggberg besteht der Verband Familien-, Mütter- und Väterberatung im Bezirk Bucheggberg. Die beiden Verbände erfüllen einen gesetzlichen Auftrag gemäss Art. 26. lit. A des Sozialgesetzes vom 31. Januar 2007 (BGS 831.1). Der Zweckverband Familien- und Mütterberatung Wasseramt beschäftigt bereits seit vielen Jahren Sozialarbeiterinnen für die Familienberatung und Mütterberaterinnen für die Mütterberatung. Der Verband Bucheggberg hat kein eigenes Personal, sondern bezieht die Dienstleistungen beim Zweckverbnd Wasseramt. 2013 haben die beiden Verbände eine Vereinbarung abgeschlossen und die Zusammenarbeit weiter intensiviert. Trotzdem bestehen nach wie vor zwei Vorstände und es wurde je eine separate Rechnung geführt.

Nun sollen die bisherigen Verbände fusionieren. Dadurch sollen bestehende Doppelspurigkeiten in der Verbandsführung und Administration beseitigt werden. Für die Vorarbeiten und die Erarbeitung der Grundlagen der Fusion wurde auf Wunsch der Gemeindepräsidienkonferenz Wasseramt eine Arbeitsgruppe (Bernhard Jöhr, GP Messen; Bruno Meyer, GP Etziken; Stefan Hug-Portmann, GP Biberist; Nicole Stuber, Präsidentin Verband Bucheggberg; Alfred Nussbaum, Vorstandsmitglied Verband Wasseramt; Vreni Müller, Präsidentin Verband Wasseramt) eingesetzt, welche die notwendigen Grundlagen erarbeitet hat.

Erwägungen
Ursprünglich war die Auflösung der beiden bestehenden Verbände mit der anschliessenden Bildung eines neuen Zweckverbandes vorgesehen. Die eingesetzte Arbeitsgruppe hat nach Rücksprache mit dem AGEM entschieden, den Zusammenschluss mittels eines Fusionsvertrages zu vollziehen. Die Fusion erfolgt aufgrund der von den Rechnungsprüfungsorganen geprüften Bilanzen der beiden fusionierenden Körperschaften per 31. Dezember 2019. Im Falle eines unterschiedlichen Eigenkapitals pro Einwohner (ohne zweckgebundene Spendenfonds) der beiden fusionierenden Körperschaften findet eine Ausgleichszahlung statt, sofern die Differenz pro Einwohner CHF 0.50 übersteigt. Per 31. Dezember 2018 beträgt die Differenz CHF 0.30 zu Gunsten des Verbandes für Familien-, Mütter- und Väterberatung im Bezirk Bucheggberg.

Formal werden die beiden bisherigen Verbände mit einem Fusionsvertrag zum neuen Zweckverband zusammengeführt. Damit der neue Zweckverband gegründet werden kann, müssen sämtliche Gemeindeversammlungen der Verbandsgemeinden den neuen Statuten sowie dem Fusionsvertrag zustimmen.

Der Vorstand des neuen Zweckverbandes setzt sich zusammen aus je einem Vertreter oder einer Vertreterin der Sozialregionen sowie je einem Vertreter oder einer Vertreterin der Gemeindepräsidienkonferenzen Bucheggberg und Wasseramt. Die Mitglieder werden entsprechend von den Gremien entsandt und von der Delegiertenversammlung gewählt. Gemäss den überarbeiteten Statuten verfügt Biberist als grosse Gemeinde neu über drei Delegierte im neuen Zweckverband (bisher zwei). Die Delegierten werden vom Gemeinderat gewählt.

Bezüglich der Kosten gibt es für unsere Gemeinde keine Änderung. Die Aufwendungen der Gemeinden werden mit einem von der Delegiertenversammlung jeweils jährlich zu bestimmenden Betrag pro Einwohner bestritten. Im Jahr 2018 belief sich der Beitrag von Biberist auf CHF 102'000, für 2019 wurde hierfür CHF 104'000 budgetiert. Die Kosten werden mit der neuen Struktur nicht verändert.

Der Gemeinderat hat der Fusion am 28. Oktober 2019 ohne Diskussion einstimmig zugestimmt. Entsprechend beantragt er der Gemeindeversammlung, die Statuten sowie den Fusionsvertrag zu genehmigen.

Beschlussentwurf
1. Die Gemeindeversammlung genehmigt die Statuten des Zweckverbandes Familien-, Mütter und Väterberatung Bucheggberg-Wasseramt (FMV-BW).
2. Die Gemeindeversammlung genehmigt den Fusionsvertrag zwischen dem Verband Familien- und Mütterberatung im Bezirk Bucheggberg und dem Zweckverband für die Familien- und Mütterberatung im Bezirk Wasseramt und dem Zweckverband Familien-, Mütter- und Väterberatung Bucheggberg-Wasseramt mit Sitz in Gerlafingen als übernehmender Zweckverband.

Eintreten
Die Gemeindeversammlung tritt stillschweigend auf das Geschäft ein.

Detailberatung
Keine Wortmeldungen.

Beschluss *(einstimmig)*
1. Die Gemeindeversammlung genehmigt die Statuten des Zweckverbandes Familien-, Mütter und Väterberatung Bucheggberg-Wasseramt (FMV-BW).
2. Die Gemeindeversammlung genehmigt den Fusionsvertrag zwischen dem Verband Familien- und Mütterberatung im Bezirk Bucheggberg und dem Zweckverband für die Familien- und Mütterberatung im Bezirk Wasseramt und dem Zweckverband Familien-, Mütter- und Väterberatung Bucheggberg-Wasseramt mit Sitz in Gerlafingen als übernehmender Zweckverband.

RN 0.1.1 / LN 681

2019-9 Feuerwehr: Park- und Verkehrsdienstreglement; Beschluss

Bericht und Antrag

Unterlagen
- Park- und Verkehrsdienstreglement der Feuerwehr Biberist

Ausgangslage
Das Park- und Verkehrsdienstreglement (531.1) der Feuerwehr regelt die Grundlagen für den Unterstützungsdienst und für Dienstleistungen der Feuerwehr. Das bestehende Reglement vom 18. September 2002 musste überarbeitet werden.

Erwägungen
Grundlage für das Reglement bildet §3 des Feuerwehrreglements vom 11. Juni 2015. Dieses sieht vor, dass die Feuerwehr für Dienstleistungen angefragt werden kann und die Kosten dafür vom Veranstalter getragen werden müssen. Während beim Parkdienst Privatpersonen eingesetzt werden können, welche zum Beispiel auch von Vereinen zur Verfügung gestellt werden können, ist dies beim Verkehrsdienst nicht möglich. Hier dürfen nur Angehörige der Feuerwehr eingesetzt werden. Der Gemeinderat hat das Reglement am 28. Oktober 2019 einstimmig gutgeheissen.

Beschlussentwurf
1. Die Gemeindeversammlung genehmigt das Park- und Verkehrsdienstreglement der Feuerwehr vom 28. November 2019.
2. Das Reglement tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.
3. Das Parkdienstreglement vom 18. September 2002 ist aufgehoben.

Eintreten
Die Gemeindeversammlung tritt stillschweigend auf das Geschäft ein.

Detailberatung
Martin Ast stellt Fragen zu §8: Gibt es einen Unterschied zwischen auswärtigen und ortsansässigen Vereinen? Werden die Kosten gleich verrechnet? Wie ist es bei Privaten?
Stefan Hug-GP: Das Reglement gilt nur für Biberist, somit kommen nur Biberister-Vereine in den Genuss des Parkdienstes. Natürlich würden Auswärtige gleich behandelt werden und gleich viel bezahlen.
Fabian Fankhauser: Wie verhält es sich, wenn ein auswärtiger Verein einen Anlass auf Biberister-Boden durchführt?
Stefan Hug-GP: In diesem Fall würden die gleichen Kosten, wie für Biberister-Vereine verrechnet. Allgemein ist zu erwähnen, dass die Feuerwehr grundsätzlich nicht verpflichtet ist den Parkdienst durchzuführen. Dies kann nur gewährleistet werden, wenn die Feuerwehr freie Zeitressourcen hat.

Beschluss *(einstimmig)*
1. Die Gemeindeversammlung genehmigt das Park- und Verkehrsdienstreglement der Feuerwehr vom 28. November 2019.
2. Das Reglement tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.
3. Das Parkdienstreglement vom 18. September 2002 ist aufgehoben.

RN 0.1.1 / LN 681

2019-10 Feuerwehr: Gebührentarif, Anpassung 2019; Beschluss

Bericht und Antrag

Unterlagen
- Gebührentarif Feuerwehr

Ausgangslage
Der Gemeinderat hat am 20. September 2010 den bestehenden Gebührentarif der Feuerwehr aufgehoben. Auf einen eigenen Gebührentarif sollte verzichtet werden und die jeweils gültigen Richttarife der Solothurnischen Gebäudeversicherung (SGV) angewendet werden. Damit der Gebührentarif jedoch rechtskräftig ist, muss er ins kommunale Recht überführt werden. Das bedeutet, dass die Gemeinde einen eigenen Gebührentarif erlassen und von der Gemeindeversammlung beschliessen lassen muss.

Erwägungen
Grundlage des Gebührentarifs bildet einerseits § 3 des Feuerwehrreglements (531) und andererseits § 8 Ziff. 2 des Park- und Verkehrsdienstreglements der Feuerwehr Biberist (531.1). Die im

Gebührentarif aufgeführten Beträge entsprechen weitestgehend den Richttarifen der Solothurnischen Gebäudeversicherung (SGV).

Beschlussentwurf
1. Die Gemeindeversammlung genehmigt den Gebührentarif der Feuerwehr vom 28. November 2019.
2. Der Gebührentarif tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Eintreten
Die Gemeindeversammlung tritt stillschweigend auf das Geschäft ein.

Detailberatung
Konrad Jäggi zeigt anhand eines Beispiels auf, wann das Reglement zum Einsatz kommt: Wenn jemand eine Ölspur verursacht, würden die Kosten für die Beseitigung durch die Feuerwehr neu an den Verursacher/der Verursacherin direkt gestellt werden. Bis anhin wurden die Kosten der Allgemeinheit verrechnet, was nicht korrekt ist.

Beschluss *(einstimmig)*
1. Die Gemeindeversammlung genehmigt den Gebührentarif der Feuerwehr vom 28. November 2019.
2. Der Gebührentarif tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

RN 0.1.1 / LN 681

2019-11 Ortsplanungsrevision: Reglement zum Planungsausgleich der EWG Biberist; Beschluss

Bericht und Antrag

Unterlagen
- Reglement zum Planungsausgleich der Einwohnergemeinde Biberist
- Gesetz über den Ausgleich raumplanungsbedingter Vor- und Nachteile (Planungsausgleichsgesetz, PAG) vom 31. Januar 2018

Ausgangslage
Das kantonale Planungsausgleichsgesetz (PAG) vom 31. Januar 2018 trat am 1. Juli 2018 in Kraft. Es regelt durch Abgabe eines Mehrwertes den angemessenen Ausgleich von Vor- und Nachteilen, die durch raumplanerische Massnahmen zwischen Grundeigentümern und Einwohnergemeinden oder Kanton entstehen. Dadurch können die Behörden die finanzielle Abschöpfung eines prozentualen Teils des realisierten Mehrwertes generieren.

Von der Mehrwertabschöpfung betroffen sind:
- Neueinzonungen
- Umzonungen von Arbeits-, Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industriezonen, Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen, Weiler- und landwirtschaftliche Kernzonen sowie analoge kommunale Bauzonen in Wohn- oder Kernzonen

Aufzonungen (zum Beispiel von einer W2 in eine W4) werden dadurch nicht belastet. Ebenfalls sind Kantone und Gemeinden von der Abgabepflicht befreit.

Als Berechnungsgrundlage entspricht der Planungsmehrwert der Differenz zwischen dem Verkehrswert eines Grundstücks vor und jenem nach dem Inkrafttreten der raumplanerischen Massnahme. Der zu erfassende kantonale Planungsmehrwert wird mit einem Satz von 20 Prozent ausgeglichen. Die Gemeinden können in einem rechtsetzenden Reglement maximal einen zusätzlichen Satz von bis zu 20 Prozentpunkten festlegen.

Die Ausgleichsabgabe wird mit Rechtskraft der Baubewilligung oder bei der Veräusserung des Grundstücks fällig.

Der aus den Ausgleichsabgaben resultierende Ertrag wird in erster Linie für Entschädigungen aus materieller Enteignung, sodann für weitere Massnahmen der Raumplanung nach Artikel 3 des Bundesgesetzes über Raumplanung (RPG) gebraucht, damit folgende Ziele erreicht werden können:

- Die Landschaft ist zu schonen. Insbesondere sollen der Landwirtschaft genügend Flächen geeigneten Kulturlandes, vorwiegend Fruchtfolgeflächen, erhalten bleiben.
- Die Siedlungen sind nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten und in ihrer Ausdehnung zu begrenzen. Insbesondere sollen Massnahmen getroffen werden zur besseren Nutzung der brachliegenden oder ungenügend genutzten Flächen in Bauzonen und der Möglichkeiten zur Verdichtung der Siedlungsfläche.

Die Abgabeerträge aus Einzonungen von kommunaler Bedeutung, aus Umzonungen und Aufzonungen sowie die Anteile über 20 Prozent der Erträge aus den übrigen Einzonungen, fliessen an die Einwohnergemeinden. Die übrigen Erträge gelangen zweckgebunden an den Kanton.
Ist die Entschädigung für eine kompensatorische Auszonung aufgrund einer Einzonung von kommunaler Bedeutung geschuldet, trägt sie die Einwohnergemeinde.
Über die Verwendung der Erträge beschliesst dasjenige Gemeinwesen, an das die Erträge fliessen.

Die Einwohnergemeinde Biberist regelt ihren Vollzug der Ausgleichsabgabe, gestützt auf das kantonale Planungsausgleichsgesetz, im rechtsetzenden kommunalen Reglement zum Planungsausgleich. Unter anderem sollen folgende Punkte gelten:

- Der zu erfassende Planungsmehrwert wird mit einem Satz von 40 Prozent (20% zusätzlicher kommunaler Satz) ausgeglichen.
- Der aus den Ausgleichsabgaben resultierende Ertrag wird in erster Linie für Entschädigungen aus materieller Enteignung verwendet.
- Insbesondere trifft die Gemeinde mit dem Ertrag, der nicht für die Entschädigung aus materieller Enteignung benötigt wird, Massnahmen, um brachliegende oder ungenügend genutzte Flächen in der Bauzone zu aktivieren (aktive Landpolitik).

Erwägungen
Massgebend zur Abschöpfung eines Planungsmehrwertes ist das Bundesgesetz über die Raumplanung vom 22. Juni 1979 und insbesondere dessen Revision im Jahr 2013. Ziel der Revision war es in erster Linie die Zersiedelung zu stoppen.
Als für den Kanton Solothurn relevanten Punkt sollen die Landbesitzer entschädigt werden, die von einer Auszonung betroffen sind. Laut Schätzungen des Regierungsrats belaufen sich die Auszonungen in den nächsten 15 bis 25 Jahren auf 30 bis 40 Hektaren Bauland. Geht man von einem Quadratmeterpreis von 300 Franken aus, betragen die Entschädigungen für Landbesitzer insgesamt 90 bis 120 Millionen Franken. Das Geld dafür soll von jenen Landbesitzern kommen, die Bauland einzonen dürfen. So ist es im kantonalen Planungsausgleichsgesetz vorgesehen. Demnach gilt: Der eine gibt, der andere bekommt. Wenn künftig Land zu Bauland wird und an Wert gewinnt, muss der Besitzer je 20 Prozent davon in einen kantonalen und in den kommunalen Fonds abgeben. Mit diesem Geld können die von Auszonungen betroffenen Landbesitzer entschädigt werden. Berechnungsmodelle gehen von einem «Nullsummenspiel» aus.
Die Gemeinde ihrerseits soll die Erträge, ausser für eine allfällige Ausgleichsabgabe aus materieller Enteignung, für Massnahmen nutzen können um brachliegende oder ungenügend genutzte Flächen zu aktivieren. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang, dass die Gemeinde spezifisch Grundstücke erwirbt und diese einer adäquaten Nutzung zuführt. Dadurch kann sie aktiv zu einer qualitativen Entwicklung der Gemeinde beitragen.

Eine Minderheit im Gemeinderat wollte den Planungsmehrwert lediglich mit einem Satz von 30% ausgleichen (10% zusätzlicher kommunaler Abgabesatz). Die Mehrheit des Gemeinderates empfiehlt jedoch den Satz von 40%.

Beschlussentwurf
1. Die Gemeindeversammlung genehmigt das Reglement zum Planungsausgleich.
2. Das Reglement tritt nach Genehmigung durch den Kanton in Kraft.

Eintreten
Die Gemeindeversammlung tritt stillschweigend auf das Geschäft ein.

Detailberatung
Renato Röthenmund: Wer ermittelt den ursprünglichen Wert sowie den Neuwert eines Grundstücks und wie setzt sich der Mehrwert zusammen? Weiter stellt sich mir die Frage, ob eine Aufzonung von W2 auf W4 Auswirkungen auf die Ausnützung hat?
Uriel Kramer: Die kantonale Schätzungskommission setzt den Mehrwert fest. So wie es in der Schweiz üblich ist, kann gegen diesen Entscheid Einsprache erhoben werden. Betreffend der zweiten Frage ist es so, dass eine Aufzonung nicht relevant ist. Die Mehrwertabgabe kommt einzig bei Einzonungen zum Zug.
Renato Röthenmund: Das heisst, bei Abzonungen erhält man nichts?
Uriel Kramer: Doch, wenn z.B. ein Grundstück aus einer Wohnzone in eine Freihaltezone umgezont wird, hat dieses einen Minderwert. Hier spricht man von einer „materiellen Enteignung". Auch in diesem Fall wird die Gemeinde entschädigungspflichtig.

Beschluss *(bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen)*
1. Die Gemeindeversammlung genehmigt das Reglement zum Planungsausgleich.
2. Das Reglement tritt nach Genehmigung durch den Kanton in Kraft.

RN 0.1.1 / LN 681

2019-12 Aufhebung Zivilschutzreglement: Ausser Kraft Setzung R_541 Zivilschutzreglement der EWG Biberist vom 04.03.99; Beschluss

Bericht und Antrag

Unterlagen
- Zivilschutzreglement der Einwohnergemeinde Biberist vom 4. März 1999

Ausgangslage
Mit dem Beitritt von Biberist zum Zweckverband regionaler Bevölkerungsschutz Aare Süd per 1. Januar 2019 wurde unsere regionale Zivilschutzorganisation in die neuen Strukturen überführt. Damit kann das Zivilschutzreglement aufgehoben werden.

Erwägungen
Da das Reglement von der Gemeindeversammlung erlassen wurde, muss es ebenfalls von der Gemeindeversammlung aufgehoben werden.
Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung einstimmig das Reglement aufzuheben.

Beschlussentwurf
Die Gemeindeversammlung beschliesst das Zivilschutzreglement der Einwohnergemeinde Biberist vom 4. März 1999 aufzuheben.

Eintreten
Die Gemeindeversammlung tritt stillschweigend auf das Geschäft ein.

Detailberatung
Keine Wortmeldungen.

Beschluss *(einstimmig)*
Die Gemeindeversammlung beschliesst das Zivilschutzreglement der Einwohnergemeinde Biberist vom 4. März 1999 aufzuheben.

RN 0.1.1 / LN 681

2019-13 Spitex Biberist: Reorganisation Dienstleistungen, Restfinanzierung, Leistungsauftrag; Kenntnisnahme

Bericht und Antrag

Unterlagen
Leistungsauftrag Spitex Gemeinde-Genossenschaft

Ausgangslage
Die Gemeindeversammlung Biberist hat am 11. Dezember 2003 (Beschluss 007) im Grundsatz über die Erstellung des Leistungsauftrags mit der Genossenschaft Alters- und Pflegeheim Biberist (heute Genossenschaft Läbesgarte) Beschluss gefasst. Gleichzeitig hat sie den Gemeinderat ermächtigt und beauftragt, einen Leistungsauftrag, unter Einhaltung der Rahmenbedingungen, abzuschliessen und diesen künftigen Entwicklungen anzupassen.
Der Gemeinderat Biberist erteilte der Genossenschaft, mit Wirkung ab 1. Januar 2004, den Auftrag zur Führung der Spitex und regelte gleichzeitig die Bedingungen und die Abgeltung. Die Dauer des Leistungsauftrags wurde auf 5 Jahre befristet (bis 31.12.2008). Mit der operativen Führung wurde eine neu zu gründende Spitex-Kommission beauftragt.
Der Gemeinderat Biberist hat am 27. September 2010 eine neue Leistungsvereinbarung mit der Genossenschaft Läbesgarte abgeschlossen, mit Wirkung ab 1. Januar 2011 auf unbestimmte Zeit. Die Vereinbarung ist auf das Ende eines Kalenderjahres mit einer Kündigungsfrist von 1 Jahr kündbar. Mit der neuen Leistungsvereinbarung wurde die strategische Führung der Spitex Biberist dem Vorstand der Genossenschaft Läbesgarte zugewiesen. Dieser ist paritätisch zusammengesetzt (4 Mitglieder stellt die Gemeinde, 4-6 Mitglieder die Genossenschaft). Die operative Führung wurde der Spitexleitung übertragen.
Mit Beschluss vom 8. Mai 2018 hat der Kantonsrat eine Änderung des Sozialgesetzes vom 31. Januar 2007 beschlossen. Dadurch wird die Restkostenfinanzierung bei der ambulanten Pflege neu geregelt. Die Referendumsfrist gegen den Beschluss ist am 24. August 2018 unbenutzt abgelaufen. Entsprechend wurden die Änderungen auf den 1. Januar 2019 in Kraft gesetzt. Es gilt ab dann eine Übergangsfrist von drei Jahren bis zum 31. Dezember 2021. Auf den 1. Januar 2022 müssen die betroffenen Dienstleistungserbringer auf die neue Subjektfinanzierung umgestellt haben.
Gemäss § 142 Sozialgesetz (SG) sorgen die Einwohnergemeinden dafür, dass ambulante und teilstationäre Pflegedienste geführt werden. Damit besteht ein gesetzlicher Grundversorgungsauftrag. Wie eine Einwohnergemeinde die Grundversorgung im Bereich ambulante Pflege sicherstellt, ist rechtlich nicht eingeschränkt. Möglich sind:
1. Dienstleistung wird durch Gemeindeverwaltung selbst erbracht (z.B. Zuchwil).
2. Leistungsvertrag mit einer Spitex-Organisation (Non- Profit- oder Profit-Spitex).

Erwägungen
<u>Warum eine Reorganisation des Leistungsfeldes?</u>
Die Restkostenfinanzierung gemäss KVG gilt es auch bei der ambulanten Pflege einzuhalten. Die im Sozialgesetz abgebildete Vermutung, dass die Aufwendungen durch den KVG-Beitrag und die Patientenbeteiligung gedeckt sind, entspricht nicht der Realität. Gemeinden decken durch ihre Betriebsbeiträge Defizite schon heute. Pauschalabgeltungen und Defizitgarantien stehen einer leistungsbezogenen, transparenten und vergleichbaren Abgeltung entgegen.
<u>Finanzierung</u>
Neu soll im Bereich Spitex konsequent das System der **Subjektfinanzierung** gelten. Die Spitex-Organisationen decken ihre Aufwendungen durch:
- Beiträge der Krankenversicherer
- Beiträge der Kunden und Kundinnen
- Beiträge der Einwohnergemeinden, sofern ein Auftrag zur Grundversorgung besteht.

Der Regierungsrat legt künftig für die ambulante Pflege Höchsttaxen fest. Dies tut er pro Leistungsgruppe und pro Stunde; die Tarife werden jährlich überprüft. Die Spitexorganisationen stellen den Patienten künftig Rechnung auf Basis der geltenden Taxen. Die Gemeinde beteiligt sich mit einem

Restkostenbeitrag pro Stunde an den Kosten. Defizitübernahmen für das Grundangebot erfolgen keine mehr.

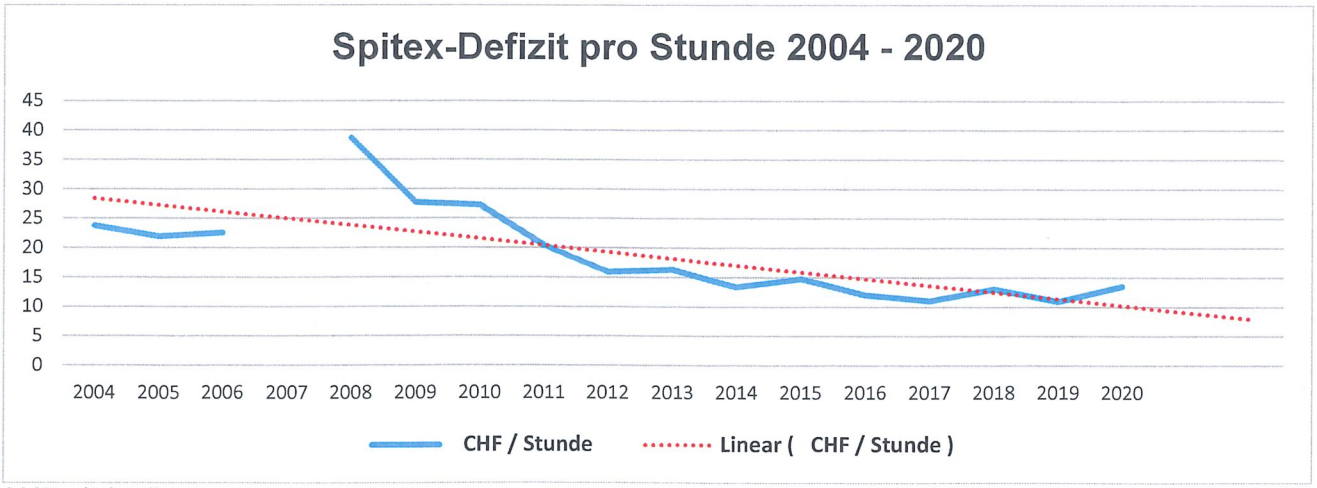
Damit die Umstellung auf das neue System und die Einführung von Höchsttaxen gelingen, wird eine Übergangsphase von drei Jahren gewährt (2019-2021). Während der Übergangszeit wird nur eine **«unverbindliche Preisempfehlung»** vom Regierungsrat abgegeben. Jede Gemeinde wählt ihr Reformtempo; Reorganisationen können aktiv begleitet werden.
Die Spitex Biberist kann heute als eine sehr leistungsfähige und moderne Spitex-Organisation bezeichnet werden. Die Qualität in allen Bereichen konnte kontinuierlich weiterentwickelt werden. Die geleisteten Stunden sind heute doppelt so hoch wie noch bei der Integration 2004. Ein Kosten-Vergleich des Amtes für Soziale Sicherheit zeigt die Spitex Biberist im vorderen Drittel. Die Zusammenarbeit mit der Genossenschaft Läbesgarte erweist sich im Rückblick als richtig und zukunftsweisend (einheitliche strategische Führung und Geschäftsleitung, Administration, Buchhaltung, Synergien, Einkauf, etc.).

Mit dem neuen Leistungsauftrag wird eine gesetzliche Vorgabe fristgerecht umgesetzt. Die bisher erbrachten Dienstleistungen werden nicht gekürzt, im Gegenteil. Es werden neue Dienstleistungen, wie z.B. ein 24h-Notruf, eingeführt. Der Mahlzeitendienst, als sehr wichtige Dienstleistung, die ein längeres Verbleiben zu Hause ermöglicht, wird gestärkt. Die pflegerischen Dienstleistungen werden weiterhin auf dem bestehenden, qualitativ sehr hohen Niveau, angeboten.
Finanzielle Entwicklung

Jahr	Beschreibung	Defizit in Franken	Geleistete Stunden	Defizit pro Stunde in Franken
2004	Rechnung 2004, Gemeindebeitrag inkl. Bundessubvention Fr. 123`153.-	384`075	16`118 (inkl. Wundamb.)	23.83
2005	Rechnung 2005, Gemeindebeitrag, inkl. Bundessubvention Fr. 123`153.-	392`848.-	17`883.- (inkl. Wundamb.)	21.97
2006	Rechnung 2006, Gemeindebeitrag, inkl. Bundessubvention Fr. 133`980.-	359`935.-	15`895 (inkl. Wundamb.)	22.64
2007	Rechnung 2007, Gemeindebeitrag, inkl. Bundessubvention Fr. 155`906.-	352`538.-	(Zahlen nicht klar)	-
2008	Rechnung 2008, Gemeindebeitrag exkl. Entlastung EL Fr. 21.77 p. Einw.	436`501.-	11`260	38.77
2009	Rechnung 2009, Gemeindebeitrag, exkl. Entlastung EL Fr. 21.77 p. Einw.	435`002.-	15`662	27.77
2010	Rechnung 2010, Gemeindebeitrag, exkl. Entlastung EL Fr. 21.77 p. Einw.	423`019.-	15`482	27.32
2011	Rechnung 2011, Gemeindebeitrag, exkl. Entlastung EL Fr. 21.77 p. Einw.	365`112.-	17`877	20.42
2012	Rechnung 2012, Gemeindebeitrag, exkl. Entlastung EL (1)	337`782.-	21`159	15.96
2013	Rechnung 2013, Gemeindebeitrag, exkl. Entlastung EL (1)	358`058.-	21`890	16.36
2014	Rechnung 2014, Gemeindebeitrag, exkl. Entlastung EL (1)	318`175.-	23`690	13.43
2015	Rechnung 2015, Gemeindebeitrag, exkl. Entlastung EL (1)	379`021.-	25`575	14.82

2016	Rechnung 2016, Gemeindebeitrag, exkl. Entlastung EL [1]	333`454.-	27`644	12.06
2017	Rechnung 2017, Gemeindebeitrag, exkl. Entlastung EL [1]	319`509.-	28`844	11.08
2018	Rechnung 2018, Gemeindebeitrag exkl. Entlastung EL [1]	416`727.-	31`849	13.08
2019	Budget 2019, Gemeindebeitrag exkl. Entlastung EL [1] **Abweichungen zu den Vorjahren:** Integration der Spitex Läbesgarte in die Spitex der Gemeinde (bis dato freiwillig zu Lasten der Genossenschaft) budgetiert Fr. 100`000.-, ohne Spitex Läbesgarte Fr. 349`000.-, (Entlastung EL entfällt im 2019)	449`000.-	31`849	14.10 (inkl. Spitex Läbesgarte) 10.96 (exkl. Spitex Läbesgarte)
2020	Voraussichtlicher Anteil der Gemeinde Der Anteil der Gemeinde wird durch die Auftragnehmerin aufgrund der Zahlenwerte 2018 und 2019 und der Hochrechnungen für 2020 im Rahmen der Budgeteingaben beantragt. Anteil Spitex-Läbesgarte Fr. 50`000.-	480`000.-	31`849	15.07 (inkl. Spitex Läbesgarte, inkl. Anteil Wegentschädigung) 13.50 (exkl. Spitex Läbesgarte)

[1] Mit dem Wegfall der Bundessubvention an die Spitex (ab 2008) wurden die Gemeinden bei den AHV-EL-Beiträgen entlastet und zwar mit CHF 21.77 pro Einwohner/in. Gemäss Auskunft der Chefin des Amtes für soziale Sicherheit, Dr. Claudia Hänzi, hat sich mit der Einführung der Pflegefinanzierung 2012 eine Änderung eingestellt. Die Entlastung erfolgte dahingehend, dass der Kanton seit 2012 sich im stationären Bereich mit der Hälfte an die Pflegekosten beteiligt und die Gemeinden mit der Einführung der 50/50 Regelung bei den EL-Kosten 2015 jedes Jahr um CHF 9 Mio. entlastet.



2007 – keine Daten
2019 und 2020 – exkl. Spitex-Läbesgarte

Folgendes ist zu beachten:

1. Aufgrund der Integration der Gemeindespitex in die Genossenschaft Läbesgarte kam die Gemeinde in den Genuss einer Bundessubvention von Fr. 123`153.- im Jahre 2004 bis Fr. 155`906.- im Jahre 2007). Der Gemeindebeitrag wurde faktisch um diesen Betrag reduziert.
2. In der Periode 2008 bis und mit 2018 galt ein anderes System. Mit der Inkraftsetzung der NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) ab 1.1.2008 wurden Bundesbeiträge gänzlich gestrichen, was eine Erhöhung des Gemeindebeitrags in den Spitexrechnungen zur Folge hatte. Andererseits wurden die Gemeinden jedoch durch tiefere Beiträge an die Ergänzungsleistungen/AHV entlastet und zwar im Umfang von CHF 21.77 pro Einwohner/in bis 31.12.2011. Als Beispiel: Auf Basis 8`500 Einwohner/innen à CHF 21.77 betrug die Entlastung CHF 185'045.00. Gemäss Auskunft der Chefin des Amtes für soziale Sicherheit, Dr. Claudia Hänzi, hat sich mit der Einführung der Pflegefinanzierung 2012 eine Änderung eingestellt. Die Entlastung erfolgte dahingehend, dass sich der Kanton seit 2012 im stationären Bereich zur Hälfte an die Pflegekosten beteiligt und die Gemeinden mit der Einführung der 50/50 Regelung bei den EL-Kosten 2015 jedes Jahr um CHF 9 Mio. entlastet.
3. Rechnung 2018: Aufgrund des enormen Administrationsaufwandes stieg der Gemeindebeitrag. Die Entwicklung für die ersten drei Monate 2019 geht aber eindeutig in Richtung Abschluss 2017.
4. Im Jahre 2008 kam es, verbunden mit der immer engeren Zusammenarbeit mit der Genossenschaft Läbesgarte, zu personellen Veränderungen in der Leitung der Spitex-Biberist. Zu diesem Zeitpunkt betrug der Fehlbetrag pro geleistete Stunde Fr. 38.77. Ende 2008 wurde ein neues Erfassungssystem eingeführt und die Abläufe wurden nach und nach optimiert mit dem Resultat, dass das Defizit pro geleistete Stunde bereits im Jahr 2009 auf CHF 27.77 sank. Im Jahre 2017 betrug das Defizit pro geleistete Stunde Fr. 11.08. Ein eindeutiger Beweis im messbaren Bereich für die erfolgreiche Integration der Spitex Biberist in die Genossenschaft Läbesgarte.
5. Hypothetisch gesehen würde das Defizit aus dem Jahre 2008 von Fr. 38.77 pro Stunde, multipliziert mit den tatsächlich geleisteten Stunden im Jahre 2018 – Fr. 31`849.- zu einem Defizit von CHF 1`230`000.- pro Jahr führen.
6. Budget 2019: Bis und mit 2018 hat die Einwohnergemeinde keinen Beitrag an die Spitex Läbesgarte geleistet. Hier geht es um die Spitex-KlientInnen, die auf dem Areal des Läbesgarte wohnen, die aber korrekterweise von der Gemeindespitex zu versorgen sind. Die Korrektur dieses Systems wurde mit dem Budget 2019 eingeleitet, indem der Gemeindebeitrag um CHF 100'000.00 erhöht worden ist.
7. Budget 2020 und 2021: Der Anteil der Gemeinde an die Gemeindespitex wird jeweils durch die Auftragnehmerin Läbesgarte aufgrund der Zahlenwerte 2018 und 2019 und der Hochrechnungen für 2020 im Rahmen der Budgeteingaben beantragt werden.

Der Gemeinderat hat dem angepassten Leistungsauftrag am 19. August 2019 einstimmig zugestimmt. Nach der Behandlung dieser Angelegenheit im Gemeinderat hat das Versicherungsgericht des Kantons Solothurn entschieden, dass die im Kanton bisher geltende Praxis, dass die Wegkostenpauschale teilweise den Patienten in Rechnung gestellt wurde, gegen das Bundesrecht verstösst. Neu muss dieser Anteil nun auch von den Gemeinden im Rahmen der sogenannten Restkostenfinanzierung finanziert werden. Dadurch entstehen zusätzliche Kosten zu Lasten der Gemeinden.

Wie eingangs erwähnt, hat die Gemeindeversammlung am 11. Dezember 2003 den Gemeinderat ermächtigt, einen Leistungsauftrag mit der damaligen Genossenschaft Alters- und Pflegeheim Biberist abzuschliessen und diesen den zukünftigen Entwicklungen anzupassen.

Der vom Gemeinderat am 19. August 2019 beschlossene neue Leistungsauftrag wurde nötig aufgrund der geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen. Gemäss Gemeindversammlungsbeschluss ist der Gemeinderat abschliessend für den Abschluss des neuen Leistungsauftrages zuständig. Dieser wird der Gemeindeversammlung lediglich zur Kenntnis gebracht.

Beschlussentwurf
Die Gemeindeversammlung nimmt von den Ausführungen über den neuen Leistungsauftrag ab 2020 der Genossenschaft Läbesgarte bezüglich der Spitex mit der Einwohnergemeinde Kenntnis.

Eintreten
Die Gemeindeversammlung tritt stillschweigend auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Sascha Gelbhaus führt durch die folgende Präsentation:

läbesgarte

Überall für alle SPITEX Biberist Dorf

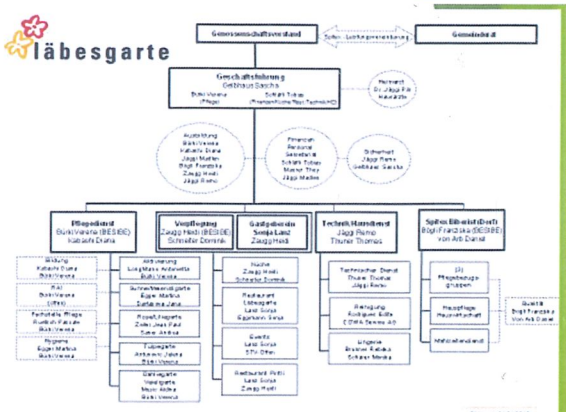


Donnerstag, 28.11.2019

Vorgeschichte

- 2003
- 2004 – Leistungsvereinbarung mit der Gemeinde / Genossenschaft (gleich Fr. 150`000.- Bundessubvention)
- Spitexkommission
- Weitere Entwicklung
  - Organisation
  - Abläufe Leistungserfassung / Zeiterfassung
  - IT
- Kostenvergleich ASO
- Restkostenfinanzierung / Subjektfinanzierung

läbesgarte



Läbesgarte in Zahlen

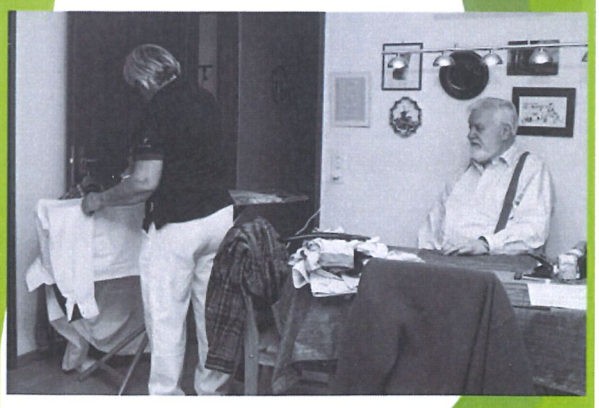
- 200 MitarbeiterInnen
  - Läbesgarte 160, 110 Stellen (100%)
  - Spitex 40, 16 100% Stellen
- Davon 43 Lernenden und Praktikanten – 21.50%
- 40 freiwilligen Helferinnen- und Helfer
- 110 HeimbewohnerInnen
- 70 - 80 bonacasa-BewohnerInnen
- 140 Spitex-KlientenInnen im Dorf
- Umsatz läbesgarte + Spitex 14 Mio (Budget 2019)

Integrierte Versorgung?



Überall für alle SPITEX Biberist Dorf







3 Pflege-Tarife
2 Hauswirtschafts-Tarife

Erstbesuch:

- Abklärung des Bedarfs
- Subsidiaritätsprinzip
- Einsatztage - Einsatzzeiten, Schlüssel, Material
- In Spitex wird eine konkrete Planung erstellt
- Bedarfsmeldung

Zusammenarbeit

- Angehörige - Klienten
- Ärzten – Apotheke- Bürgerspital
- Freie Psychiatriefachpersonen
- Sozialdienst - Beistände
- Physio – Ergotherapie
- Heime- Kurhäuser
- Palliativer Verein Biberist + Umgebung
- läbesgarte: Geschäftsführung, Sekretariat, Lingerie, Küche, Inhousspitex, Technischer Dienst

Herausforderungen im Kerngeschäft

- Menschen in existentiellen Krisen, mit Depressionen, mit Wut, Menschen die Fremd – und Selbstgefährdung androhen
- Menschen mit überforderten bis verzweifelten Angehörigen, z.B. im Sterbeprozess, bei Demenz, nach akuten Ereignissen, bei Erschöpfung nach Pflegeunterstützung über lange Jahre
- Ungeduldige, vorwurfsvolle Menschen wenn z.B. Wunden nicht heilen
- Strassenverkehr
- Hunde

Überall für alle
SPITEX
Biberist Dorf

Reorganisation Spitex-Dienstleistungen und Restfinanzierung

Ausgangslage

- Gemäss § 142 Sozialgesetz (SG) sorgen die Einwohnergemeinden dafür, dass ambulante und teilstationäre Pflegedienste geführt werden
- Damit besteht ein gesetzlicher Grundversorgungsauftrag
- Wie eine Einwohnergemeinde die Grundversorgung im Bereich ambulante Pflege sicherstellt, ist rechtlich nicht eingeschränkt. Möglich sind:
  - Dienstleistung wird durch Gemeindeverwaltung selbst gedeckt
  - Leistungsvertrag mit einer Spitex-Organisation (Non-Profit- oder Profit-Spitex)

Ausgangslage

Warum eine Reorganisation des Leistungsfeldes?

- Die Restkostenfinanzierung gemäss KVG gilt es auch bei der ambulanten Pflege einzuhalten
- Die im Sozialgesetz abgebildete Vermutung, dass die Aufwendungen durch den KVG-Beitrag und die Patientenbeteiligung gedeckt sind, entspricht nicht der Realität
- Gemeinde decken durch ihre Betriebsbeiträge Defizite schon heute. Pauschalabgeltungen und Defizitgarantien stehen einer leistungsbezogenen, transparenten und vergleichbaren Abgeltung entgegen

Finanzierung

- Neu soll im Bereich Spitex konsequent das System der Subjektfinanzierung gelten. Die Spitex-Organisationen decken ihre Aufwendungen durch:
  - Beiträge der Krankenversicherer
  - Beiträge der Kunden und Kundinnen
  - Beiträge der Einwohnergemeinden, sofern ein Auftrag zur Grundversorgung besteht.
- Der Regierungsrat legt künftig für die ambulante Pflege Höchsttaxen fest. Dies tut er pro Leistungsgruppe und pro Stunde; die Tarife werden jährlich überprüft.
- Die Spitexorganisationen stellen den Patienten künftig Rechnung auf Basis der geltenden Taxen.



Keine Wortmeldungen aus der Versammlung.

Beschluss

Die Gemeindeversammlung nimmt von den Ausführungen über den neuen Leistungsauftrag ab 2020 der Genossenschaft Läbesgarte bezüglich der Spitex mit der Einwohnergemeinde Kenntnis.

RN 0.1.1 / LN 681

2019-14 Budget 2020: Genehmigung, Festsetzen Steuerfuss 2020; Beschluss

Bericht und Antrag

Unterlagen

- Budget 2020 (separates Dokument)

Ausgangslage

Das Budget muss jährlich vom Gemeinderat genehmigt und der Gemeindeversammlung zur Beschlussfassung unterbreitet werden (Gemeindegesetz, GG § 139 i.V. mit GO § 85). Das Budget 2020 ist nach den Grundsätzen des Harmonisierten Rechnungsmodells 2 (HRM2) errichtet. Grundlage des Budgets 2020 bilden die Jahresrechnung 2018, der Finanzplan 2020-2024 sowie die Rahmenbedingungen, welche der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 1. Juli 2019 festgelegt hat. Das Budget stellt ein verbindliches, kurzfristiges Planungsinstrument dar.

Erwägungen

Die Budgetphase beginnt während den Sommerferien. Im August werden die Budgeteingaben durch die budgetverantwortlichen Personen eingereicht. Anfangs September wird das Budget durch die Geschäftsleitung der Verwaltung einer ersten umfassenden Beurteilung und Überarbeitung unterzogen. Dabei werden alle Positionen überprüft und gegebenenfalls angepasst. Leitlinien sind dabei vor

allem auch die vom Gemeinderat vorgegebenen Budgeteckwerte. Anschliessend wir das Budget der Finanzkommission zur Beurteilung vorgelegt. Schliesslich folgt die Behandlung im Gemeinderat, dieses Jahr erstmals in einem zweistufigen Verfahren. Der Gemeinderat hat das Budget am 28. Oktober zuhanden der Gemeindeversammlung verabschiedet.

Beschlussentwurf
Die Gemeindeversammlung beschliesst:

1. Jedem Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung (inkl. technisches Personal Werkhof und Hauswartung) wird für das Jahr 2020 ein Fixbetrag von CHF 500.00, prozentual zu seinem Pensum, ausbezahlt. Zudem erhält jeder Mitarbeiter ein Halbtax-Abo geschenkt.

2. Erfolgsrechnung

Gesamtaufwand	CHF	51'812'900
Gesamtertrag	CHF	51'834'300
Aufwandüberschuss	CHF	21'400

3. Investitionsrechnung

Ausgaben	CHF	6'220'900
Einnahmen	CHF	639'500
Nettoinvestitionen	CHF	5'581'400

4. Spezialfinanzierungen

- Wasserversorgung	Aufwandüberschuss	CHF	200'700
- Abwasserentsorgung	Ertragsüberschuss	CHF	123'500
- Abfallbeseitigung	Aufwandüberschuss	CHF	106'200

5. Der Steuerfuss ist wie folgt festzulegen (jeweils von der einfachen Staatssteuer):

Natürliche Personen	125%
Juristische Personen	125%

6. Die Feuerwehrersatzabgabe ist wie folgt festzulegen:
   10% der einfachen Staatssteuer, im Minimum CHF 20.00, im Maximum CHF 400.00

7. Der Gemeinderat wird ermächtigt, allfällige Finanzierungsfehlbeträge gemäss vorliegendem Budget 2020 durch die Aufnahme von Fremdmitteln/Darlehen zu decken.

Eintreten

Stefan Hug-GP: Der Budgetprozess beginnt jeweils vor den Sommerferien. Der Gemeinderat hat am 1. Juli 2019 die Rahmenbedingungen zum Budget 2020 beschlossen. Diese bildeten die Grundlage für die Budgetierung. Die Berechnung der Budgetbeträge erfolgt nach der Zero-based-Methode, das heisst, jeder Budgetbetrag wird von Grund auf neu berechnet, Angaben wie „Erfahrungswert", „Vorjahreswert" etc. sind dabei nicht gestattet. Die Eingaben der Budgetverantwortlichen erfolgten dann nach den Sommerferien.
Gemäss den Vorgaben von HRM2 werden bei uns wertvermehrende Ausgaben ab CHF 75'000 in die Investitionsrechnung aufgenommen. Investitionen, die das Jahr 2019 betreffen, liegen Richtofferten zugrunde. Das Budget wurde am 26. August von der Geschäftsleitung behandelt und kritisch begutachtet. Anschliessend wurde es der Finanzkommission vorgelegt und schliesslich hat sich der Gemeinderat in zwei Lesungen am 23. September und am 28. Oktober damit befasst. Die Erfolgsrechnung rechnet nun mit einem kleinen Ertragsüberschuss von CHF 21'400. Das entspricht einer schwarzen Null. Die Investitionsrechnung sieht Netto-Investitionen von CHF 5.5 Mio. vor, CHF 1.5 Mio. betreffen die Spezialfinanzierungen. Darin enthalten sind die letzte Tranche für die Sanierung des Bleichemattschulhauses sowie der Umbau des Schützenhauses. Das ist ein durchschnittliches Jahr, in den letzten Jahren hatten wir zum Teil sehr viel mehr investiert.
Welches sind die Chancen und Risiken?
Der Kantonsrat hat am 12. November 2019 die kantonale Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF 2020) beschlossen. Die Vorlage kommt voraussichtlich im Februar 2020 zur Abstimmung. Bei einer Annahme der Vorlage wird sie rückwirkend per 1. Januar 2020 in Kraft treten. Mit der STAF

werden die juristischen Personen entlastet, dies führt zu Mindereinnahmen bei den Gemeinden von netto insgesamt rund CHF 138 Mio. (netto) in den nächsten acht Jahren.
Das Gesetzespaket enthält einen Gemeindeausgleich für die Dauer von acht Jahren. Das heisst, die Steuerausfälle für die Gemeinden sollen während 8 Jahren teilweise kompensiert werden. Für die Jahre 2020, 2021 und 2022 haben wir gemäss Hochrechnung des Kantons netto mit Mindereinnahmen im Umfang von jährlich CHF 630'000 zu rechnen, ab 2023 mit CHF 760'000.
Die Auswirkungen der STAF sind im vorliegenden Budget nicht berücksichtigt. Die Selbstfinanzierung ist mit knapp 45% tief, im Durchschnitt der Jahre 2016-2020 beträgt der Selbstfinanzierungsgrad 62%, anzustreben wären mind. 80-100%. Ganz abgesehen davon, dass wir mit gegen CHF 40 Mio. Darlehen auch ein gewisses Zinsrisiko haben. Solange die Zinsen tief sind, ist das weniger ein Problem, aber jeder Zinsanstieg um 1% kostet uns CHF 400'000 oder zwei Steuerpunkte! Mir müssen also unbedingt auf die Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrades achten.
Es gibt aber auch Chancen. Das Bevölkerungswachstum schlägt sich auch auf die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen nieder. Das ist erfreulich, zumal das Wachstum noch weiter zu gehen scheint. Die Kehrseite ist, dass wir wohl auch unsere Infrastruktur, insbesondere den Schulraum, der Bevölkerungsentwicklung werden anpassen müssen.
Eine weitere Chance sehe ich im Papieri-Areal. Ich bin zuversichtlich, dass sich dort in den nächsten Jahren Firmen ansiedeln und damit Arbeitsplätze geschaffen und Steuereinnahmen generiert werden.
Insofern bin ich nach wie vor überzeugt, dass die finanzielle Ausgangslage und auch die Zukunftsaussichten unserer Gemeinde intakt sind.
Jetzt steigen wir in die Behandlung des Budgets ein. Wir werden nicht die einzelnen Seiten durchgehen. Sibylle Kaufmann, unsere Leiterin Finanzen + Steuern, wird uns die wichtigsten Gegebenheiten des Budgets präsentieren. Anschliessend werde ich die einzelnen Bereiche durchgehen und Sie haben Gelegenheit Fragen oder Anträge zu stellen. Am Schluss werden wir über die Anträge auf der Seite acht befinden.
Ich danke Sibylle und dem ganzen Team der Finanzverwaltung, der Geschäftsleitung, den Bereichsleitern, der Finanzkommission und dem Gemeinderat für die Erstellung und Beurteilung des Budgets.

Die Gemeindeversammlung tritt stillschweigend auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Sibylle Kaufmann führt durch die folgende Präsentation:

8. Budget 2020 - Vorgaben

Eckwert	Vorgabe	Budget 2020	Beurteilung
Steuerfuss	125%	125%	☺
Selbstfinanzierungsgrad	> 50%	44.6%	😐
Rechnungsergebnis	+/-0	21'400	☺
Veränd. Personalaufwand	Max. + 5%	+ 6.04%	☹
Veränd. Sachaufwand	Max. + 10.2%	+ 13.43%	☹
Nettoinvestitionen	4.706 Mio.	5.581 Mio.	☹
Wasser/Abwasser/Abfall	Unverändert	Unverändert	☺

biberist

8. Budget 2020 – Abweichungen zu Vorgaben

Selbstfinanzierungsgrad
Die Investitionen können nicht durch das Ergebnis aus der laufenden Rechnung finanziert werden. Daraus resultiert eine Neuverschuldung.

Personalaufwand
- Erhöhung Pensen Soziale Dienste (Asyl) / GV 06/2019
- Erhöhung Pensen Werkhof / GV 06/2019

Sachaufwand
- Änderung Finanzierung Spitex
- Digitalisierung der Prozesse erfordern neue Software sowie Lizenzen
- Anpassung der Wertberichtigungen auf Forderungen wurden gemäss vorliegenden Erfahrung angepasst

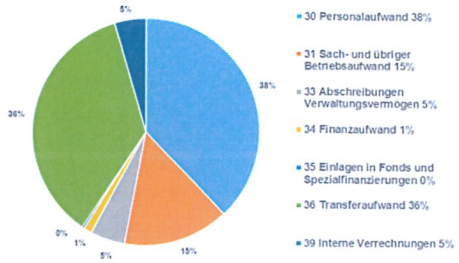
biberist

8. Budget 2020 - Erfolgsrechnung

Gesamtaufwand	CHF	51'812'900
Gesamtertrag	CHF	51'834'300
Ertragsüberschuss	CHF	21'400

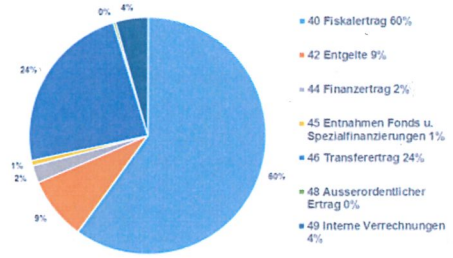
8. Budget 2020 - Gesamtaufwand

Aufwand nach Sachgruppen in %



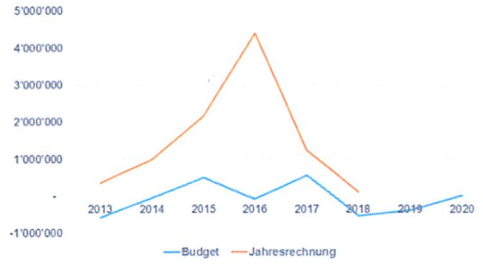
8. Budget 2020 - Gesamtertrag

Ertrag nach Sachgruppen in %



8. Budget 2020 - Entwicklung

Budget / Jahresrechnung 2013 – 2020



8. Budget 2020 - Spezialfinanzierungen

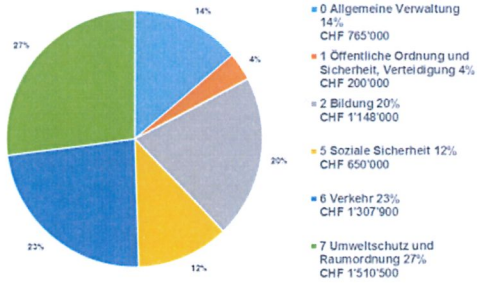
Wasserversorgung *Aufwandüberschuss*	CHF	200'700
Abwasserbeseitigung *Ertragsüberschuss*	CHF	123'500
Abfallbeseitigung *Aufwandüberschuss*	CHF	106'200

8. Budget 2020 - Investitionsrechnung

Ausgaben	CHF	6'220'900
Einnahmen	CHF	639'500
Nettoinvestitionen	CHF	5'581'400

8. Budget 2020 – Investitionsrechnung (Grafik)

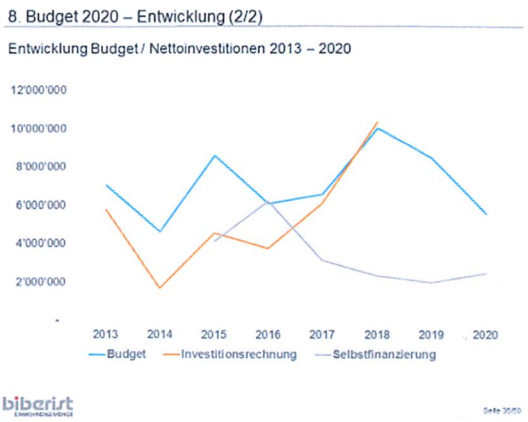
Nettoinvestitionen nach Funktionen in %

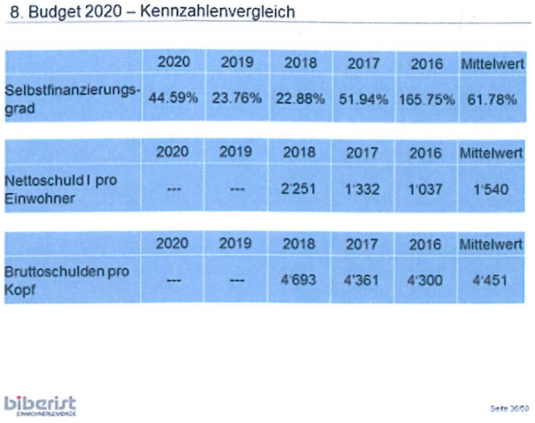


8. Budget 2020 – Entwicklung (1/2)

Entwicklung Budget / Nettoinvestitionen 2013 – 2020







	2020	2019	2018	2017	2016	Mittelwert
Selbstfinanzierungs-grad	44.59%	23.76%	22.88%	51.94%	165.75%	61.78%

	2020	2019	2018	2017	2016	Mittelwert
Nettoschuld I pro Einwohner	---	---	2'251	1'332	1'037	1'540

	2020	2019	2018	2017	2016	Mittelwert
Bruttoschulden pro Kopf	---	---	4'693	4'361	4'300	4'451

Erfolgsrechnung

Martin Ast: Wie sieht es künftig mit dem Finanz- und Lastenausgleich aus? Ich sehe, dass sich der Wert im Vergleich zu den Vorjahren ziemlich verändert.

Stefan Hug-GP: Der Finanz- und Lastenausgleich setzt sich aus diversen Komponenten zusammen. Einerseits gibt es den Ressourcenausgleich, andererseits den Lastenausgleich. Unter Lasten versteht man z.B. die Kosten für die Infrastruktur. Unter Ressourcenausgleich versteht man z.B. die Steuerkraft verglichen mit anderen Gemeinden. Bei der Umsetzung der Steuer- und AHV-Vorlage im Kanton (STAF) kommen zwei neue Indices dazu, nämlich der arbeitsmarktlicher Lastenausgleich sowie der Härtefallausgleich. Ersterer berücksichtigt das Verhältnis der Anzahl Arbeitsplätze/juristische Personen in der Gemeinde, letzterer gleicht besondere Härten beim Minderertrag der Steuern bis zu einer bestimmten Restbelastung aus.
Grundsätzlich ist es schwierig zu prognostizieren, wie sich der Finanz- und Lastenausgleich in der Zukunft entwickeln wird, da dies auch von der Entwicklung der anderen Gemeinden abhängt. Der Topf bleibt gleich – und je nach Entwicklung der Situation in der Gesamtheit der Gemeinden, fällt der Betrag für die einzelne Gemeinde, zum Beispiel für Biberist, grösser oder kleiner aus.

Zvezdan (Sven) Sataric: Allgemein ist zu erwarten, dass sich in den nächsten Jahren der Finanz- und Lastenausgleich zu Ungunsten der Gemeinde entwickeln wird.

Stefan Hug-GP: Mich persönlich freut es, wenn der Beitrag aus dem Finanz- und Lastenausgleich prozentual abnimmt, weil dies bedeutet, dass sich die Gemeinde selber finanzieren kann.

Mirco Röthenmund: Vor zwei, drei Jahren habe ich versucht die Positionen in der Rechnung sowie im Budget auseinanderzunehmen, leider erfolglos. Ich wollte mich detailliert über die Informatik erkundigen, da ich dies auch beurteilen kann. In der Rechnung sowie im Budget sind keine Details ersichtlich. Ist es möglich, in der Gemeindeverwaltung anzufragen, um detaillierte Informationen zu erhalten? Weiter ist mir aufgefallen, dass die Position „Informatik" immer wieder unter anderen Rubriken erscheint. Wieso das?

Stefan Hug-GP: Wir haben unter der Rubrik Verwaltung die Position Informatik, welche für die Verwaltung selber steht. Da wir auch weitere Bereiche, wie z.B. Schulen und Soziale Dienste, haben, wird Informatik dort separat ausgewiesen. Selbstverständlich kann man bei der Gemeindeverwaltung, im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips, nach detaillierten Informationen fragen.

Lyla Khan: Wir haben vor ca. zwei Jahren die Kosten für Informatik zentralisiert und unter einer Position genommen. Nun gibt es aber Bereiche, die wir weiter verrechnen können. Diese müssen wir, wie es Stefan Hug bereits gesagt hat, separat ausweisen. Deshalb ist die Position Informatik auch bei anderen Rubriken zu finden.

Mirco Röthenmund: Ich wollte mich über den heutigen Termin informieren und habe auf der Homepage der Gemeinde nachgeschaut. Leider habe ich keinen Eintrag gefunden. Ist nichts online?

Lyla Khan: Die Einladung sowie die Unterlagen sind unter Aktuelles/News sowie Verwaltung&Politik online. Ebenfalls wurde ein Post auf dem digitalen Dorfplatz, Crossiety, geschaltet. Im Übrigen wurde die Einladung zur Gemeindeversammlung zwei Mal im amtlichen Anzeiger publiziert.

Investitionsrechnung

Peter Liechti: Auf Wunsch der AXA Versicherung ist geplant, die Schöngrünstrasse zu verbreitern und eine 18-Meter-lange Mittelinsel zu bauen. Der Grund für die Vergrösserung wäre eine Bushaltestelle vor dem Eingang der AXA-Überbauung, trotz zwei bestehenden Bushaltestellen, die jeweils

ca. 200m entfernt sind (Spital und Enge). 70 Anwohner haben sich daraufhin gemeldet und deponiert, dass es keinen Bedarf für eine weitere Bushaltestelle gibt. Der Gemeinderat hat daraufhin die Bushaltestelle gestrichen. Die Baupläne hat man jedoch nicht angepasst, sondern mit der Mittelinsel belassen. Das bedeutet, dass die Strasse, nur wegen der ursprünglichen Planung, eine Bushaltestelle zu bauen, aufwändig verbreitert wird. Wie wir vorhin gehört haben, ist der Selbstfinanzierungsgrad der Gemeinde schlecht und wir haben einen hohen Steuerfuss, bezahlen also alle viel Geld. Aus meiner Sicht gibt es keinen Grund für so ein Bauvorhaben das Geld aus dem Fenster zu werfen. Ich bitte die Versammlung meinen Antrag, die Budgetpositionen 6150.5010.34 und 6150.5010.35 zu streichen, zu unterstützen. Dies würde der Gemeindebehörde eine Überarbeitung des Projekts erlauben und die Sanierung auf dem bestehenden Strassenraum zu planen, ohne Verbreiterung und Mittelinsel.
Stefan Hug-GP: Besten Dank Herr Liechti. Wir werden die Schöngrünstrasse nicht wegen AXA sanieren, sondern weil es notwendig ist. Warum wollen wir aber die Sanierung nächstes Jahr durchführen? Die Schöngrünstrasse gehört Biberist und Solothurn. Solothurn wird ihren Teil der Strasse nächstes Jahr sanieren, also macht es Sinn, wenn wir das im gleichen Zug tun. Der wesentlichere Grund für die Sanierung ist jedoch die Fertigstellung des neuen Spitals, welches nächsten Juli 2020 in Betrieb genommen wird. Es ist korrekt, dass der Gemeinderat, auf Wunsch des Schöngrün-Quartiers, den Bau der Bushaltestelle gestrichen, jedoch die Sanierung der Strasse trotzdem beschlossen hat. Eine Verkehrsinsel baut man nicht nur wegen des Busses, sondern auch aus Sicherheitsgründen. Ich erhalte viele Anrufe und Meldungen von besorgten Eltern, die um die Sicherheit ihrer Kinder fürchten. Wenn wir also etwas für die Verkehrssicherheit tun können, dann müssen wir das auch machen.
Uriel Kramer: Wie bereits der Gemeindepräsident erwähnt hat, ist der Neubau des Spitals der Auslöser für die Sanierung der Schöngrünstrasse. Heute muss man um die Bushaltestelle beim Spital noch eine Schleife fahren. Da das neue Spital mehr Platz benötigt, ist vorgesehen, diese Schleife nächstes Jahr aufzuheben. Dies bedingt Anpassungen auf dem Gebiet der Gemeinde Biberist. Wir werden z.B. die Ausfahrt der Notfallstation auf dem Boden Biberist haben. Bei diesem Projekt, Abschnitt A, wurden die Bedürfnisse des Spitals und des Kantons berücksichtigt. Abschnitt B umfasst das Gebiet vom heutigen Untersuchungsgefängnis bis zum Lunaweg. Dort ist zum Kindergarten an der Wassergasse ein Minimal-Trottoir vorgesehen. Dies bedingt eine Verschiebung der Schöngrünstrasse nach Süden. Es löst das Problem, die Strasse nicht mehr zwei Mal überqueren zu müssen und führt zu einer besseren Sicherheit der Personen. Der dritte Abschnitt, Abschnitt C, umfasst das Gebiet vom Lunaweg bis zur Siedlungsgrenze. In diesem Gebiet ist AXA bereit Land abzugeben, damit wir auch hier auf der Nordseite ein Minimal-Trottoir bauen können. Hier geht es vor allem um die wichtige Fahrradstrecke. Hier herrscht die Problematik, dass das Queren mit Fahrrad und Auto gefährlich ist, weil die Schöngrünstrasse zu schmal ist. Mit der Verbreiterung erhält der Fahrradfahrer mehr Platz und somit mehr Sicherheit. Die Mittelinsel, die geplant ist, soll als Eingangstor fungieren und die Zone 30 ankündigen. Aktuell ist zwar Tempo 30 signalisiert, dies jedoch wegen der Baustelle und nicht wegen der Einführung der Zone 30.
Peter Liechti: Im Juni 2018 hat der Gemeinderat über das Projekt, im Zusammenhang mit dem Neubau Spital, befunden. Auf diesem Plan war nur das Trottoir auf der Nordseite eingetragen, sodass die Kinder ohne Strassenquerung in den Kindergarten können. Das finden wir auch sehr gut. Nun ist es aber so, dass nach Juni 2018, als AXA die Bushaltestelle beantragt hatte, der Abschnitt B sowie der Abschnitt C entsprechend vergrössert wurden. Die Mittelinsel wurde auch nur deshalb geplant und wird nun trotzdem realisiert. Ich verstehe wirklich nicht, weshalb man diesen Bau, trotz schlechter Finanzlage, identisch durchführen möchte. Meiner Meinung nach, soll die Gemeindeverwaltung das Projekt neu überarbeiten und eine kostengünstigere Lösung anbieten. Ich möchte auch noch erwähnen, dass aktuell keine Kinder betroffen sind. Konkret wohnen Burkhardts und ich dort. Da sind keine Kinder, deren Sicherheit berücksichtigt werden muss.
Uriel Kramer: Die Gemeinde muss vorausschauend planen. Das Schöngrün-Quartier hat 140 Wohnungen und das wird 300 bis 400 neue Einwohnerinnen und Einwohner geben. Wie sich das genau entwickelt und wie viele Kinder es geben wird, wissen wir noch nicht. Wenn wir heute nicht die richtigen Weichen stellen, können wir es später nicht mehr korrigieren. Wenn wir jetzt eine Sanierung vornehmen, dann muss sie optimal und für die Zukunft geplant sein. AXA stellt uns heute das Land zur Verfügung, später geht das nicht mehr und würde uns viel mehr kosten.

Stefan Hug-GP: Ich möchte kurz erwähnen, dass wir Strassen über 40 Jahren abschreiben. Das bedeutet, dass sie unsere Rechnung mit 2.5%/Jahr belasten. Das sind ungefähr CHF 14'750 pro Jahr.
Renato Röthenmund: Ich muss etwas ausholen. 7. November 2017, Kontextplan AG, Abschnitt vier und fünf. Der Abschnitt vier hatte damals eine Bushaltestelle beinhaltet. Der Kostenvoranschlag wurde auf CHF 450'000 beziffert. Auf dem detaillierten Kostenvoranschlag wurde der Hinweis auf Beleg E gemacht, welchen ich einsehen konnte. Der Teilabschnitt A ist neu derjenige, der damals die Abschnitte vier und fünf waren. Hier geht es um das Trottoir für die Kinder beim Lunaweg, was eine gute Sache ist. Die Kinder der AXA-Überbauung hingegen müssen so oder so die Strasse nicht überqueren. Nun ist es so, dass der Abschnitt B erst beim Lunaweg beginnt und gemäss W+H AG CHF 258'400, ohne Landerwerb, kostet. Im Budget erscheint der Abschnitt B mit CHF 230'000, auch ohne Landerwerb. Ich hatte gelesen, dass sich die Stadt Solothurn auch noch finanziell beteiligt. Deshalb nehme ich an, dass die CHF 460'000 auf heilsamer Weise auf CHF 230'000 geschmolzen sind. Die Geschichte bezüglich der Mittelinsel als Eingangstor und Zone 30, Herr Kramer, kaufen Ihnen wohl wenige von den hier Anwesenden ab. Wir müssen bestimmt nicht CHF 600'000 dafür ausgeben.
Nun zu Ihnen, Herr Hug: Eine Kostenwahrheit, wie Sie sie darlegen, ist dies nicht. Sie vernachlässigen in diesem Budget den Betrieb, den Unterhalt und den Ersatz. Wir müssen Kapital aufnehmen, um den Selbstfinanzierungsgrad auf 100% zu bringen. Ich hoffe für die Gemeinde, dass die Zinsen tief bleiben. Sie sagen immer, dass Sie nicht in die Zukunft schauen können. So wie wir alle. Dies muss aber immer gelten und nicht nur dann, wenn Sie etwas umsetzen möchten. Meiner Meinung nach ist der Budget-Antrag zu tief. Auf alle Fälle ist er tiefer als die Kostenschätzung (+/- 20%) von W+H AG. Zero-based? Haben Sie das neu gerechnet? Kann man das überhaupt mit einem Kostenvoranschlag von +/- 20%? Wieso habt ihr tiefere Zahlen, als diese, die Ihnen Fachleute angeben? Wieso ist der Wert von W+H AG so viel tiefer gegenüber der Kontextplan AG? Wenn man für den Betrieb CHF 15'000/Jahr rechnet, 40 Jahre Lebensdauer der Strasse berücksichtigt und einen Zins von 1,5% nimmt, ergibt dies eine Investition von CHF 1 Mio. Das ist die Wahrheit, alles andere ist Makulatur. Man will hier in etwas investieren, was niemand möchte und es nicht braucht. In diesem Fall sagen Sie aber, dass Sie wissen, wie die Zukunft aussieht und sich nichts verbauen möchten. Das alles stösst mir sauer auf.
Stefan Hug-GP: Besten Dank für Ihr Votum, Herr Röthenmund. Mir stösst auch etwas ziemlich sauer auf. Nämlich, dass sie quasi sagen, dass wenn AXA etwas möchte, die Gemeinde zustimmt. Das ist nicht so. Die Gemeinde sowie der Gemeinderat haben Interesse an Investoren und wir nehmen ihre Anliegen ernst und prüfen diese. Ich möchte hier im Weiteren kein Finanzseminar durchführen über Kapitalwertberechnung etc. Auch ist die Gemeindeversammlung nicht der Ort, um über ein Projekt, welches der Gemeinderat beschlossen hat, zu sprechen. Wir sprechen hier über den Antrag über Streichung von zwei Budgetpositionen.
Markus Jampen: Ich möchte gerne von Herrn Kramer wissen, was der Sinn der Mittelinsel ist.
Uriel Kramer: Der Plan wurde mit der Bushaltestelle dem Gemeinderat vorgelegt. Der Gemeinderat hat die Bushaltestelle gestrichen. Da noch keine Planauflage erfolgte, wird das Projekt nochmals überarbeitet und öffentlich aufgelegt. Jeder, der davon betroffen ist, kann mitreden und auch Einsprache erheben.
Adrian Burkhardt: Ich bin Anwohner der Schöngrünstrasse und möchte darauf hinweisen, dass nach der Fertigstellung des Spitals das bestehende Hochhaus rückgebaut wird. Die Baustellenzu- und Wegfahrt wird dann via Biberist erfolgen. Das heisst, dass die sanierte Strasse wieder beschädigt wird. Ich unterstütze somit den Antrag von Peter Liechti.

Peter Liechti stellt den Antrag, dass die folgenden Budgetpositionen gestrichen werden:
Position 1: 6150.5010.34
Position 2: 6150.5010.35

Abstimmung:
Ja: 27 / Nein: 36

Der Antrag wird abgelehnt, die Positionen werden nicht gestrichen.

Martin Ast: Werden wir über den Antrag der CHF 500 und der Halbtax-Abos für das Gemeindepersonal noch sprechen? Ich finde, dass dies gestrichen werden soll. Entweder, man entscheidet eine Lohnerhöhung oder lässt es sein. Solches Gebastel ist aus dem 18 Jahrhundert.
Stefan Hug-GP: Das Gemeindepersonal wird durch die Personaldelegation vertreten. Diese kann Anträge direkt an den Gemeinderat stellen und hat für das nächste Jahr einen Teuerungsausgleich von 1% beantragt. Die Geschäftsleitung hat diesen Antrag gestützt. Der Gemeinderat hat jedoch, unter Ausschluss des Personals, entschieden, jedem Mitarbeitenden eine Einmalprämie von CHF 500 sowie ein Halbtax-Abo zu schenken. Wenn dies gestrichen wird, erhält das Personal nichts.
Stephan Hug: Die Motivation des Gemeinderats für eine Pauschale war, das Personal mit den niedrigen Löhnen zu belohnen. Das Halbtax-Abo sollte zur vermehrten Nutzung des ÖV's führen und die Spesen senken.

Martin Ast stellt den Antrag die vom Gemeinderat genehmigte Pauschale von CHF 500 und Halbtax-Abi für das Gemeindepersonal zu streichen.

Ja: 4 / Nein: 58

Der Antrag ist abgelehnt.

Beschluss *(Bei 15 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen)*
Die Gemeindeversammlung beschliesst:

1. Jedem Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung (inkl. technisches Personal Werkhof und Hauswartung) wird für das Jahr 2020 ein Fixbetrag von CHF 500.00, prozentual zu seinem Pensum, ausbezahlt. Zudem erhält jeder Mitarbeiter ein Halbtax-Abo geschenkt.
   (Bei einer Gegenstimme und 10 Enthaltungen)

2. Erfolgsrechnung

Gesamtaufwand	CHF	51'812'900
Gesamtertrag	CHF	51'834'300
Aufwandüberschuss	CHF	21'400

   (Bei einer Gegenstimme und 10 Enthaltungen)

3. Investitionsrechnung

Ausgaben	CHF	6'220'900
Einnahmen	CHF	639'500
Nettoinvestitionen	CHF	5'581'400

   (Bei einer Gegenstimme und 13 Enthaltungen)

4. Spezialfinanzierungen

- Wasserversorgung	Aufwandüberschuss	CHF	200'700
- Abwasserentsorgung	Ertragsüberschuss	CHF	123'500
- Abfallbeseitigung	Aufwandüberschuss	CHF	106'200

   (einstimmig)

5. Der Steuerfuss ist wie folgt festzulegen (jeweils von der einfachen Staatssteuer): (Natürliche Personen 125%
   Juristische Personen 125%
   Bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen)

6. Die Feuerwehrersatzabgabe ist wie folgt festzulegen:
   10% der einfachen Staatssteuer, im Minimum CHF 20.00, im Maximum CHF 400.00
   (einstimmig)

7. Der Gemeinderat wird ermächtigt, allfällige Finanzierungsfehlbeträge gemäss vorliegendem Budget 2020 durch die Aufnahme von Fremdmitteln/Darlehen zu decken.
   (Bei 10 Gegenstimmen)

RN 0.1.1 / LN 681

2019-15 Verschiedenes

1. Die Gemeindeversammlung nimmt folgende Mitteilungen zur Kenntnis:

- **Information zum Trinkwasser**
  Uriel Kramer zeigt die folgende Präsentation:

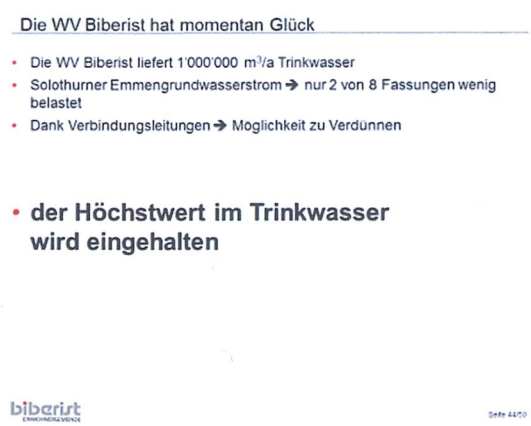


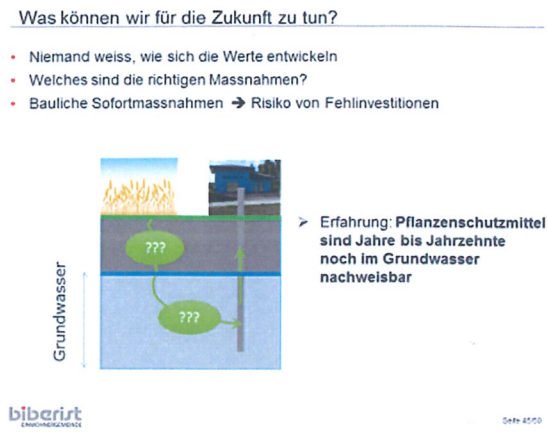


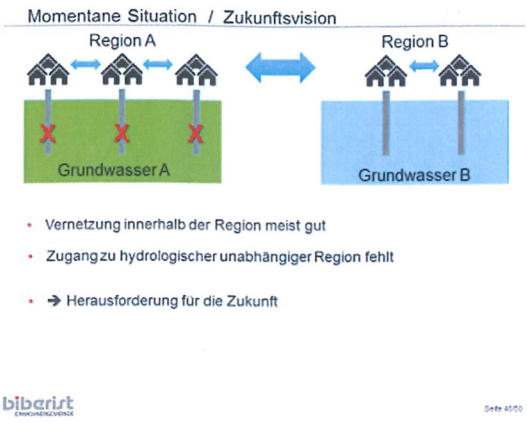












- **Hängige Vorstösse:**
  - Petition: Urnenentscheide sind auch vom Biberister Gemeinderat zu respektieren (eingereicht am 02.04.2019)
  - Solidaritätsbekundung Gebiet Bleichenberg, Giriz und Neuquartier (eingereicht am 30.08.2019)
  - Petition Klimanotstand (eingereicht am 19.09.2019)

RN 0.1.1 / LN 681

Für das Protokoll

Stefan Hug-Portmann
Gemeindepräsident

Tanja Milosevic
Protokollführerin

Protokollgenehmigung
Die Unterzeichnenden (Gemeindepräsident, Verwaltungsleiterin und Stimmenzähler) erklären das vorliegende Protokoll der Gemeindeversammlung vom 28. November 2019– gestützt auf § 39 GO – als genehmigt.

Stefan Hug-Portmann
Gemeindepräsident

Lyla Khan
Verwaltungsleiterin

Die Stimmenzähler:

Otmar Beck

André Peng